

## **Mahnbriefe nach Berlin**

### **Freiburger Kreis: Keine Streichung der finanziellen Förderung der FSJ-Stellen durch den Bund**

Hiobsbotschaft aus Berlin: Die Politik plant eine Änderung im Zivildienst-Gesetz zum Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). Dies würde für Sportvereine einen herben Rückschlag bedeuten. Deshalb hat die Vorsitzende des Freiburger Kreises (FK), Silvia Glander (Ratingen) einen Brief an alle Mitglieder des Sportausschusses des Deutschen Bundestages und dessen Vorsitzende Dagmar Freitag (SPD) geschrieben, um dieser Gesetzesänderung den Riegel vorzuschieben. Darüber hinaus sind alle 166 Mitgliedsvereine der Arbeitsgemeinschaft größerer deutscher Sportvereine aufgefordert Landtags- und Bundestagsabgeordneten der Region anzuschreiben und auf die Gefahren der Streichung hinzuweisen. Silvia Glander: „Diese wäre für uns sehr folgenschwer.“

Der Paragraph 14 c eröffnet die Möglichkeit, ein Freiwilliges Soziales Jahr anstelle von Zivildienst abzuleisten – seit 2001 – auch im Sport (vorher ausschließlich Zivildienst) möglich. In diesem Paragraphen soll nun nach Information des Freiburger Kreises der Absatz vier gestrichen werden. Damit würde die finanzielle Förderung durch Berlin entfallen. Mit weitreichenden Folgen: 2000 Praktika-Stellen im Sport, viele davon in den 166 Mitgliedsvereinen des Freiburger Kreises, sind geprägt vom Einsatz und hohem Engagement in der täglichen Kinder- und Jugendarbeit.

Die Träger des FSJ im Sport sind zwar in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich, aber für alle gilt: sie sind auf die Zuschüsse des Bundes angewiesen. FK-Geschäftsführerin Doris Büttner: „Ohne die im Paragraph 14c Absatz vier verbrieften Mittel müssten die Vereine einen wesentlich höheren Eigenbeitrag leisten.“ Das hätte angesichts der überall knappen wirtschaftlichen Finanzdecke vielerorts den Verzicht auf FSJ-Beschäftigte zur Folge. Zum Schaden für den Vereinssport und nachhaltige Jugendarbeit.

Die Summe, die auf dem Spiel steht, beziffert die Deutsche Sportjugend auf etwa sieben Millionen Euro, die das Bundesamt für Zivildienst für die derzeit 2000 Stellen zuschießt - 421,50 Euro pro FSJ-Stelle im Monat. Die Gesamtkosten pro Stelle liegen für die Vereine bei 620 Euro.

Die Großvereine argumentieren weiter: „Wir sind nicht in der Lage, unseren Eigenbeitrag für unsere FSJler zu erhöhen, zumal wir hier schon von der nicht zu verhindernden Umsatzsteuer zusätzlich belastet sind.“ Bei wachsendem Kostendruck befürchten sie eine starke Reduzierung der begehrten Angebote und Einsatzstellen für FSJler, die seit 2001 von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Silvia Glander: „Im Gegensatz zu klassischen Trägern (Wohlfahrtsverbände, Kirchen) haben wir keine Refinanzierungsmöglichkeiten, zum Beispiel über die Pflegesätze.“ In der Praxis erleben die Großvereine, wie wichtig und wertvoll das Freiwillige Jahr für viele junge Menschen sein kann: Für die Berufswahl, die Motivation zur Eigeninitiative, zur Entwicklung der Selbständigkeit oder sozialen Verantwortung in der Gesellschaft (bürgerschaftliches Engagement). „Das muss auch weiterhin möglich sein“, heißt es in dem Brief an die Bundestags- und Landtagsabgeordneten: „Bitte verhindern Sie, im Interesse der jungen FSJler und im Interesse des Sports, dass im Gesetzgebungsverfahren der § 14 c Abs. 4 des ZDG gestrichen wird.“

Hans-Peter Seubert